Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 8 (1918)

Heft: 8

Artikel: Krieg und Frieden [Fortsetzung]

Autor: A.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-634593

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

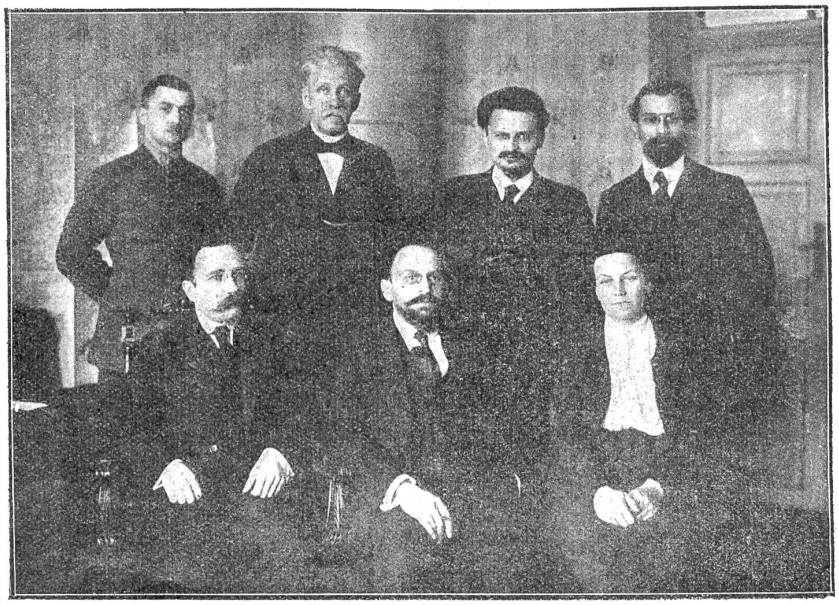
Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anlage der Straßenzüge und Tramlinien, der öffentlichen Bauten, die durch richtig zur Geltung kommende Monumentalität die Stadt schmücken sollen, der Plätze, der öffentlichen Anlagen 2c. Die moderne Städtebaubewegung verficht den Grundsatz, daß durch sinngemäße Verbindung von Wohnbauten zu Gebäudegruppen mit geschlossener Bauart Raum gewonnen werden soll für schöne Straßenaspekte, für Anlagen, Spielplätze und Spazierwege. Statt daß jeder Bauherr eigenwillig sein Häuschen dem Nachbar vor die Nase stellt, soll der Einzelne Rücksicht nehmen auf Alle, um selber wieder vor der Willkür anderer geschützt zu sein.

Diese Grundsätze der Städtebaubewegung sind heute bereits Allgemeingut geworden. Auch die stadtbernischen Behörden haben sie anerkannt. In guter Erinnerung steht uns das Resultat des Wettbewerbes für die Baugestaltung des Schoßhalden- und Murifeldareals vom Frühling 1914, veranlaßt durch den Gemeinderat. An der Einsicht und dem guten Willen fehlt es unsern Behörden jedenfalls nicht. So mag den wohl die Anregung der beiden Berner Architekten R. Greuter und H. Hindermann, die Gemeinde möchte einen Kredit von 50,000 Franken bewilligen zur Durchführung eines Wettbewerbes unter den schweizerischen Architekten betreffend einen Bebauungsplan für das künftige Groß-Bern, guten Anklang finden. Diese Anregung wird von ihnen mit beredter Sachkenntnis verfochten in einer eben im Verlage Büchler & Co. in Bern erschienenen Broschüre, betitelt „Groß-Bern und seine zukünftige Gestaltung". Die Arbeit enthält nebst Literaturnachweisen über die grundsätzliche Frage eine Menge interessanter Hinweise auf bernische Verhältnisse und ist mit Illustrationen (worunter auch die beiden Autotypien, die wir durch freundliches Entgegenkommen des Verlages hier reproduzieren durften), mit zwei schönen Aspekten des alten Bern und einem modernen Stadtplan ausgestattet. Wer sich um die Zukunft unserer Stadt interessiert, darf an dieser Publikation nicht achtlos vorübergehen. Sie sei unsern Lesern zum Studium angelegentlich empfohlen.

H. B.



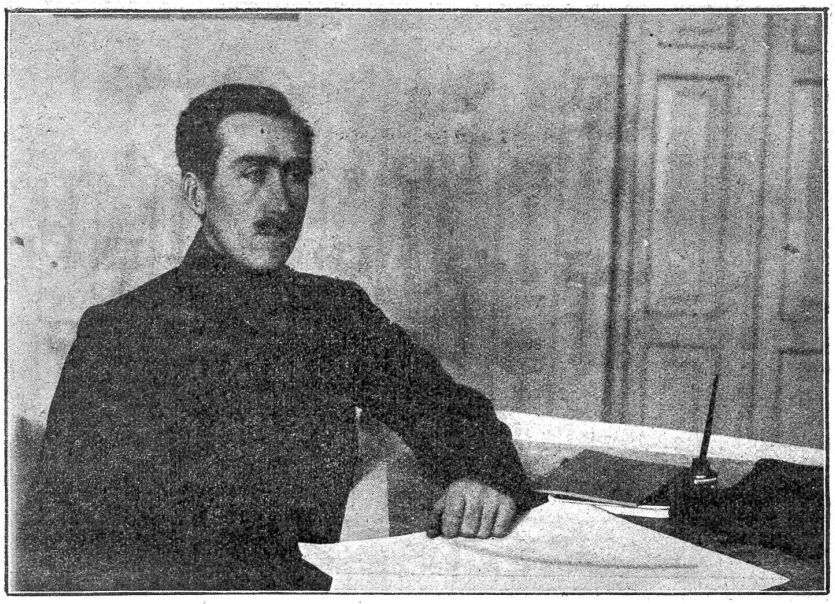
Zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk: Sitzend von links nach rechts: L. B. Kameneff, A. A. Joffe, Frau A. A. Bicenko. Stehend von links nach rechts: Hauptmann im Generalstab W. W. Lipski, Stutschka, beratendes Mitglied der russischen Delegation, L. D. Trotzki und L. M. Karachan.

Krieg und Frieden.

(Bericht vom 14.—21. Februar.)

Die Taktik der Räteregierung scheint augenblicklich Fiasko zu machen. Die Formel: „Weder Krieg noch Frieden" wurde von der deutschen Regierung als inoffizielle Kündigung des Waffenstillstandes aufgefaßt und dargestellt, um den Vorwand zum sofortigen Angriff abzugeben. Am 18. Februar, mittags, lief der angenommene siebentägige Termin der Kündigungsfrist ab. Und im Augenblick begann auch schon der Vormarsch der Deutschen. Am Abend war Dünaburg besetzt; die der Regierung Holubowitschs in die Ukraine zu Hilfe Ziehenden nahmen Luzk ohne Kampf ein. In den Ostseegebieten setzte ein wahres Kesseltreiben der maximalistischen Kreise gegen das Bürgertum und namentlich gegen den deutschen Adel ein. Das Echo der deutschen Presse rief nach Hilfe für die schwer bedrohten Konnationalen. Darum setzten sich auch die Truppen an der Düna in Bewegung und strebten auf allen Straßen gegen Wenden, Ramkau und Rositten nordostwärts. Am 20. Februar abends traf in Berlin eine Depesche der Räteregierung ein, protestierend gegen die Aufhebung des Waffenstillstandes ohne formelle Kündigung, aber mit der Zusage, daß die deutschen Annexionsbedingungen angenommen würden. Angesichts dieser glatten Kapitulation ist anzunehmen, daß die deutsche Regierung ihre Forderungen steigern und die Vereinigung der nationallettischen und esthnischen Gebiete unter deutschem Schutze, die Zurückziehung der roten Garden aus Finnland und der Ukraina, die Freilassung der ukrainischen Rada, sowie die Anerkennung wenigstens der Schulden des alten Rußlands gegenüber den deutschen und österreichischen Gläubigern fordern wird. Der Klassenkampf hat also versagt und wird versagen, solange der deutsche Staat auf seine Massen zählen kann. Der maximalistische Glaube ist für diesmal zu schanden geworden. Ob er aber damit aus

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk: Vertreter der Mittelmächte. Von links nach rechts: General Hoffmann, Graf Czernin, Großvesir Talaat Pascha und Exzellenz von Kühlmann.



Zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk: Staatssekretär für Handel und Industrie Wsewolod Holubowytsch, Vorsitzender der ukrainischen Delegation.

der Welt geschafft sei, das ist eine andere Frage. Möglich, daß dies Fiasko Lenins und Trotzkis Sturz beschleunigen wird.

Wie sehr Oesterreich den Frieden mit der Ukraine notwendig hatte, das bewiesen die innern Vorgänge während der letzten Woche. Sie beleuchten auch eigenartig das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland. Anlaß zur Beunruhigung bot die vorläufige Abtretung des halbpolnisch bevölkerten Grenzlandes von Chohm an die neue ukrainische Volksrepublik. Es ist klar, daß die österreichische Regierung zum voraus wußte, welche Wirkung dieser Punkt des Vertrages bei den Polen haben mußte: Die von Oesterreich selber gewollte austro-polnische Lösung war plötzlich gefährdet. Das österreicherfreundliche Ministerium Kucharzewski in Warschau demissionierte; der Polenklub in Oesterreich gesellte sich der Tschechoslowenischen Opposition bei und verhinderte so die Annahme des Reichsbudgets. Straßendemonstrationen in Krakau und Lemberg fanden statt. Kein Mensch kennt ihren wahren Umfang. Das nahm das Kabinett Seidler in Kauf, als es der Annahme des Vertrages zustimmte. Aus welchem Grunde? Der Brotfriede mit der Ukraine mußte um jeden Preis erreicht werden. Und das will viel heißen, wenn man bedenkt, wie sehr auch das Ministerium Holubowitsch in Kiew, das mittlerweile in einem schrecklichen Straßenkampf von den Bolschewiki gestürzt wurde, auf den Frieden drängte. Es sieht ganz danach aus, als ob das nach Shitomir verlegte ukrainische Generalsekretariat von Anfang an so sehr in die Intressengemeinschaft Oesterreichs gezogen werden sollte, daß man dafür die traditionelle Freundschaft mit Polen opferte — alles nur um den Frieden zu erhalten. Diese Lösung wurde sehr wahrscheinlich von Deutschland vorgeschlagen; es ist nicht zu erfahren, welche Pläne sich hier verbergen. Das polnische Bürgertum und der Adel, die zu Oesterreich streben, sind seit der Maximalistenrevolution so gut wie wehrlos an die Zentralmächte ausgeliefert; denn nun haben sie nichts mehr zu fürchten, als eine mögliche Rückkehr ihres Landes unter russische Herrschaft. Das würde ihren Ruin bedeuten. Deshalb wird es den Alldeutschen heute leichter sein als je, die herrschenden Schichten in Polen zu einer Gewaltlösung, wie sie auch aussehen möge, zu zwingen. Nach der Volksmasse fragt niemand. Ministerpräsident Seidler hat im Parlament unter dem Jubel der Deutschen und Ukrainer, trotz Tschechopolnischer Opposition die Notwendigkeiten des Ukrainerfriedens auseinandergesetzt und zugleich erklärt, daß auch der Krieg gegen die Maximalisten zu Ende sei, da es heute keine gemeinsame österreichisch-russische Grenze mehr gebe.

Ueber die Verhandlungen mit Rumänien zirkulieren allerlei zweifelhafte Gerüchte. Jedenfalls wird die Lage sich sehr zu Oesterreichs Gunsten geneigt haben seit dem Zusammenbruch der Räteregierung. Man spricht von Verhandlungen in Foksany oder Bukarest.

Ueber die kommende Offensive im Westen ist das Grauen der Geheimnisse gebreitet. Die Unruhe in Frankreich kann nicht durch die zwei Todesurteile gegen den Großspion Bolo und seinen abwesenden Genossen gedämpft werden. Sie steigt umso mehr, als man irgend eine neue, fürchterliche Waffe der Deutschen, vielleicht Giftbomben ahnt.

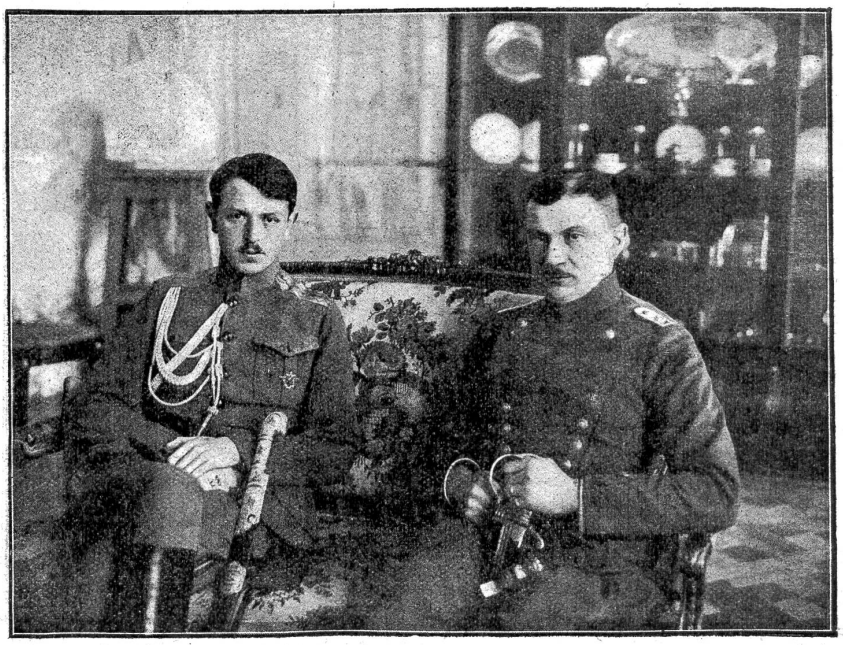
In England aber gährt es umheimlich in allen Industriezentren. Lloyd Georges Stellung wankt. Auch die konservative Rechte ist gegen ihn, weil er zu Versailles für die militärische Unterordnung Englands unter Frankreich sprach. Freilich führte die Regierung einen Schlag gegen die Rechte, indem sie den Militärschriftsteller Repington verhaften ließ. Nun aber gibt der Generalstabschef Sir Robertson seine Demission.

A. F.

Bücherschau.

S. Zurlinden, Der Weltkrieg. Vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus.

2. Band: „Historische Grundlagen des Weltkrieges" 1. bis 3 Lieferung, enthaltend die Kapitel: Nach dem Wienerkongreß. Zur Zeit des Krimkrieges, Bismarks Eroberungskriege, Bismark-Frieden, Dreibund und Entente. Jede Lieferung Fr. 2 —.



Zu den deutsch-ukrainischen Verhandlungen: Rittmeister von Gassenko, Vertreter der ukrainischen Regierung in Berlin im Hotel Adlon mit seinem Begleiter Oberleutnant Blanck.